

Für einen lebenswerteren Kanton Luzern

Immer mehr Menschen im Kanton Luzern gehören zu den Verlierern der aktuellen Politik:

- **Menschen mit Behinderung und ihre Familien**, bei denen die Betreuung abgebaut und dennoch immer teurer wird.
- **Auszubildende**, die höhere Studiengebühren zahlen müssen, weniger Stipendien erhalten oder wegen Zwangsferien nicht in die Schule gehen dürfen.
- **Ältere Menschen und Schulkinder**, die auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind, der immer teurer wird.
- **Finanziell schwächere Personen**, die keine Prämienverbilligung mehr bekommen oder von den steigenden Gebühren (z.B. bei der Musikschule) besonders hart getroffen werden.
- **Das Personal an den Schulen, in Spitälern, in der Verwaltung, bei der Polizei und in den sozialen Institutionen**, das trotz ständig höheren Anforderungen länger arbeiten muss und keine Aussicht auf Lohnanstiege hat.

Wir alle sind von der Abbaupolitik betroffen. Wir lassen uns aber nicht länger von der Regierung gegeneinander ausspielen. Nur gemeinsam sind wir stark! Statt jedes Jahr über weitere Abbaumassnahmen zu streiten, wollen wir den Kanton Luzern wieder vorwärts bringen. Dazu braucht es **endlich wieder eine Diskussion über die vom Staat erbrachten Leistungen und nicht nur über deren Kosten.**

Die Anwesenden an der 1. Landsgemeinde der Luzerner Allianz für Lebensqualität verlangen von **Regierungs- und Kantonsrat** mehr Einsatz für einen lebenswerteren Kanton Luzern. Die Finanzpolitik darf nicht länger das Mass aller politischen Handlungen im Kanton Luzern sein. Für uns stehen Qualität, Verlässlichkeit und gute Arbeitsbedingungen im Mittelpunkt. **Wir fordern**

- Eine glaubwürdige politische Führung. Nicht nur Unternehmen, sondern auch Leistungserbringer, das Personal und die Bevölkerung wollen Planungssicherheit. **Vereinbarungen, Lohnreglemente und politische Versprechen müssen eingehalten werden.**
- Einen **guten Service Public**, namentlich im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, wie auch beim öffentlichen Verkehr. Investitionen in diesen Bereichen zahlen sich in Zukunft mehrfach wieder aus.
- Eine Sozialpartnerschaft mit den Personalorganisationen, **die auf Dialog und gemeinsamer Entscheidungsfindung beruht – und nicht bloss auf Information ohne Mitsprache.**
- **Mehr Solidarität** anstelle eines sinnlosen Verteilungskampfs zwischen Kanton, Gemeinden und Regionen, Sozialversicherungen und anderen Institutionen.
- Gerechte, und **genügend Mehreinnahmen**, um den Kanton wieder handlungsfähig zu machen. Alle sollen einen fairen Beitrag ans Gemeinwohl leisten.